



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Mitteilungen der Deutschen Volksräte Posens und Westpreußens, Nr. 9

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Mitteilungen

der Deutschen Volksräte Posen und Westpreußens

Nr. 9

Verantwortlich: **Dr. Max Hildebert Boehm**
Schriftleitung: **Bromberg, Welzienplatz 1 III**
Fernruf Nr. 321

7. Mai 1919

Inhalt: Glossen zum Tage — Materialien zur ostdeutschen Frage: Die Besitztitel Preußens für den Negebistritz und Posen. Die Friedenslage für Posen. Die Nationalitätenkarte des polnischen Komitees. Zur Charakterisierung der polnischen Presse — Aus den Deutschen Volksräten — Pressestimmen: 1. Polnische Presse. 2. Auslands-
presse — Kleine Nachrichten.

Glossen zum Tage

Westpreußen deutsch oder polnisch?

Einige Fragen und Antworten zum Nachdenken.

Weshalb soll nach polnischer Meinung Westpreußen polnisch werden?

Weil es schon einmal, von 1569—1772 polnische Provinz gewesen ist.

Was hat Westpreußen als polnische Provinz erlebt?

Daß aus dem reichen Ordenslande ein armes Land wurde, daß die freien deutschen Bauern zu Leibeigenen der im Ausland lebenden reichen polnischen Adligen wurden; daß durch Krankheit und Hunger die ehemals dichtbevölkerten Gebiete und die Städte verödeten und entvölkert wurden; daß infolge des Elends die Bevölkerung Tieren ähnlicher sah als Menschen.

Womit begründen die Polen ihre Ansprüche auf Westpreußen?

Mit dem Programm des Präsidenten Wilson, in dessen dreizehnten Punkt es heißt: „Es soll ein polnischer Staat gebildet werden, der alle Gebiete umfaßt, die von unbestreitbar polnischen Nationalitäten bewohnt sind, usw.“

Ist Westpreußen ein unbestreitbar polnisches Gebiet?

Nein; denn von seinen 1 703 744 Einwohnern im Jahre 1910 waren deutsch 1 097 943, polnisch aber nur 475 853, der Rest mit 107 199 sind Kassuben — Verwandte der märkischen Wenden, keine Polen.

Es kommen also in Westpreußen auf 100 Polen 231 Deutsche, oder von 100 Einwohnern Westpreußens sind 65 deutsch.

Was bezwecken die Polen, wenn sie in ihren und den ausländischen Zeitungen immer von dem polnischen Westpreußen schreiben?

Sie wollen der Welt etwas vormachen. Uns Deutsche aber wollen sie einschüchtern; denn sie glauben, daß uns der verlorene Krieg und die Revolution so wehrlos gemacht hat, daß wir gegen die 475 000 Polen nichts ausrichten können. Sie wollen uns aber auch mit Versprechungen, die nichts sind als eitel Lügen, verlocken, damit wir unser Deutschtum vergessen sollen.

Wie schützen wir uns gegen die Polen?

Nur dadurch, daß wir uns fest zusammenschließen und tagtäglich aller Welt zurufen:

Wir Deutschen Westpreußens wollen für alle Zeit bei Deutschland bleiben!

Posen — deutsches Land

Was Posen betrifft, so ist es die deutsche Arbeit, die die Grenze zu ziehen hat, nicht alte Dokumente, weder die von der dritten Teilung Polens noch von der ersten Schlacht bei Tannenberg. Wo deutsche Kultur und Arbeit den Ausschlag gibt, ist das Land deutsch. (Preußischer Minister des Innern Heine am 27. April.)

Materialien zur ostdeutschen Frage

Die Besitztitel Preußens für den Netzedistrikt und Posen

Gegenüber dem Anspruch der Polen auf Teile des preußischen Staates muß die Frage erhoben werden, auf welches Recht die Polen ihre Forderungen stützen. Die staatsrechtliche Zugehörigkeit der fraglichen Gebiete zu Preußen kann nicht bestritten werden. Im Herbst 1772 schloß Friedrich der Zweite beim Zerfall Polens einen Vertrag mit Rußland, in dem ihm Westpreußen und das Gebiet bis zur Neke zugesprochen wurde.

Der polnische Reichstag genehmigte diese Abtretung durch Beschluß vom ersten September 1773. Für den größten südlichen Teil des Netzedistrikts gab Preußen dann im Tilsiter Frieden sein Besitzrecht wieder auf.

Auf dem Wiener Kongreß aber waren es gerade England und Frankreich, die Preußen drängten, mehr polnisches Gebiet zurückzunehmen. So kam bereits am 31. Dezember 1814 ein Beschluß sämtlicher Großmächte zustande, Polen unter Österreich, Preußen und Rußland zu teilen. In der Kongreß-Hauptakte vom neunten Juli 1815 wird dann der 1807 abgetretene Teil des alten Netzedistrikts und das übrige Gebiet der heutigen Provinz Posen Preußen zu vollkommenem Eigentum des Königs, d. h. des preußischen Staates, zugesprochen.

Auf zwei Titeln ruht mithin das Besitzrecht Preußens an Posen; für den nördlichen Teil des Netzedistrikts auf dem Beschluß des polnischen Reichstages vom ersten September 1773, für den übrigen Teil der Provinz auf der Wiener Kongreß-Hauptakte vom neunten Juli 1815. Beide Beschlüsse sind von allen Beteiligten als rechtsverbindlich betrachtet und von keiner befugten Seite angefochten worden.

Die Friedenslage für Posen

Das „Journal de Genève“ gibt an der Hand der bisherigen Pariser Veröffentlichungen und auf Grund eigener Informationen in großen Umrissen die Friedensbedingungen wieder, die unsere Friedensunterhändler in Versailles erwarten. Auch die Regelung der Ostfrage wird darin vorgezeichnet. Polen soll in den ungefähren Grenzen von 1772, vergrößert durch polnische Distrikte in Oberschlesien, wiederhergestellt werden. Alle diese Bestimmungen sind — wie sich nach der jetzigen Lage wohl annehmen läßt — nicht endgültig, sondern stellen sich als Vorschläge hin, die wir zu erörtern haben. Inwieweit aber die Entente unsere Gegenvorschläge in Berücksichtigung ziehen wird, läßt sich jetzt schon aus dem Grunde nicht ermessen, weil noch unbestimmt bleibt, wie groß der Spielraum für die Verhandlungsmöglichkeit sein wird.

Was für ein Schicksal der Ostmark, insbesondere Posen, in Versailles harrt, läßt sich aus der obigen Meldung des Genfer Blattes ungefähr ahnen. Auf Schlimmes sind wir ja gefaßt. Großen Überraschungen werden wir bei

unseren Berechnungen also nicht ausgefetzt sein. Was dem Posener Lande aber noch verborgen ist, das ist — der Standpunkt unserer Regierung. Geht sie mit dem Entschluß nach Versailles, die Deutscherhaltung der gesamten Provinz Posen zu erkämpfen, oder nicht? Das ist die Frage, auf die die Posener Deutschen noch keine eindeutige Antwort erhalten haben. Auch hier muß man versuchen, sich aus mehr oder minder amtlichen Auslassungen ein annäherndes Bild zu verschaffen.

Der „Vorwärts“ schreibt in seiner Nr. 203 vom 22. April, daß Deutschland bereit ist, „Gebiete aufzugeben, deren Bevölkerung ein Verbleiben im politischen Machtbereich des alten Reiches nicht wünscht.“ Sollte sich diese Fassung auf Elsaß-Lothringen beziehen, so wäre sie unglücklich gewählt, wahrscheinlicher bleibt, daß dabei auf den Osten angespielt wird. Gleich darauf wird weiter ausgeführt, daß jedoch nur dann ein Friede annehmbar wäre, wenn nicht deutsches Gebiet wider seinen Willen unter fremde Herrschaft gebracht wird. Dem Positiven des ersten Zugeständnisses wird dabei nur in dem anderen Satze das gleiche in negativer Form hinzugefügt: Gebietssteile sollen abgetreten werden, wenn die Bevölkerung es wünscht, aber nicht gegen ihren Willen. Eine Lösung des Problems bietet diese Auslassung demnach keineswegs, da weiter im Unklaren bleibt, ob bezüglich des Posener Landes, das doch als untrennbares Ganzes zu behandeln ist, dem deutschen oder dem polnischen Willen Rechnung getragen werden soll.

bleibt demnach die Äußerung des amtlich inspirierten „Vorwärts“ für den Versuch völlig untauglich, den Regierungsstandpunkt herauszustruieren, so wird die Sachlage etwas klarer, wenn das Telegramm des preußischen Ministers des Innern an den Volkssrat in Danzig herangezogen wird, in dem es heißt: „Die preußische Regierung wird auch hinsichtlich der Provinz Posen sich mit allen Mitteln dafür einsetzen, daß der Bestand des Staates erhalten bleibt, und daß jedenfalls kein Gebiet unzweifelhaft deutschen Volkstums unter die Gewalt eines anderen Staates fällt!“

Der Standpunkt der — wohl gemerkt preußischen, nicht deutschen — Regierung würde völlig befriedigend wirken, wenn nicht der Vordersatz durch den Nachsatz eingeschränkt worden wäre. Unbedingte Festigkeit spricht auch aus dieser Erklärung nicht, da sie die minder günstige Möglichkeit offen läßt, daß auf einen Teil Posens verzichtet werden könnte oder müßte.

Unzweideutig dagegen spricht sich der Reichsschatzminister Gothein in dem Leitartikel des „Berliner Tageblattes“ — Nr. 180 vom 23. April — aus:

„Nirgends im Osten Deutschlands gibt es Gebiete, die von einer unzweifelhaft polnischen Bevölkerung bewohnt sind, auch die jetzt außerhalb der Demarkationslinie liegenden Teile Posens sind zum guten Teil überwiegend deutsch. Aus dem Zusammenhang mit Deutschland gerissen, würden sie aufs schwerste leiden, würden sie in jenen Zustand der Unkultur zurücksinken, in dem sich die weitesten Teile Polens und Galiziens befinden.“

Dies ist die Äußerung einer amtlichen Persönlichkeit, eines Angehörigen der Reichsregierung, aber immer noch keine amtliche Erklärung der Regierung im eigentlichen Sinne. Erfreulich bleibt sie aber in zweifacher Hinsicht: Sie vertritt die Interessen der gesamten Provinz Posen und begründet den eingenommenen Standpunkt. Darauf kommt es aber an. Bei der Programmlosigkeit, die sonst die Regierungspolitik hinsichtlich der Ausführbarkeit der uns verpflichtenden Wilsonpunkte kennzeichnet, ist dies ein bedeutsamer Fortschritt. Die Äußerung Gotheins gibt auch den Fingerzeig dafür, wie die Sache hier im Osten eigentlich anzufassen ist. Gothein geht von der gesamten Ostmark aus, vom Ganzen, nicht von den einzelnen Teilen. In ersteren Fehler ist jede der bezüglich Posen so spärlichen Regierungserklärungen gefallen; diese klammern sich an die Tatsache, daß es innerhalb Posens einige überwiegend polnische Kreise gibt, die nun nach dem angenommenen Wilsonprogramm wohl oder übel abgetreten werden müßten,

wobei sie völlig den Zusammenhang übersehen, völlig den leitenden Gesichtspunkt außer acht lassen, das Interesse des Ganzen. In dieser Beziehung können wir die Ausführungen Gotheins ergänzen: Die gesamte Ostmark ist überwiegend deutsch; Teile mit polnischer Volksmehrheit bilden mit der gesamten Ostmark ein untrennbares Ganzes, aus dem sie nur zum Schaden der Gesamtheit und zu ihrem eigenen Nachteil herausgerissen werden können. Die Regierungsvertreter machen es umgekehrt: Sie erkennen die Loslösung der kleinen Gebietsteile an und ebnen so den Weg für die weiteren Ansprüche der Polen, überwiegend deutsche Gebiete hinzuzufordern, da sonst die abgetrennten nicht bestehen könnten. Auch zur Ausführung der an sich vielleicht klaren Wilsonschen Punkte gehört die vorherige Ausarbeitung eines übersichtlichen Planes, der unter einem leitenden Gedanken aufzustellen ist. Wäre das Programm Wilsons wirklich so einfach, daß man nur auf die Landkarten mit der Bevölkerungstabelle zu tippen brauchte, so vermöchte man nicht einzusehen, warum die alliierte Friedenskonferenz sich bis jetzt das monatelange Kopfschmerzen verursacht hätte.

Jetzt, wo die Unterhändler im Begriffe stehen, den Zug nach Versailles zu besteigen, wird der amtliche deutsche Gegenentwurf eines Völkerbundes veröffentlicht. Abschnitt VII, Artikel 54, dieses Entwurfes handelt von dem Schutze der nationalen Minderheiten innerhalb eines Reiches. Die Veröffentlichung dieses Entwurfes ist der bescheidene Anfang zu einer Politik, die wir ständig ersehnt und gefordert haben; Stellungnahme zu der praktischen Ausführung der Wilsonschen Punkte. Nicht schweigen und warten, bis das verschleierte Bild von Versailles enthüllt wird. Wie gefestigt ständen wir da, wenn wir zu dem Abschnitt VII dieses Entwurfes gleichzeitig einen Vorschlag über die Sicherung der polnischen Minderheiten in der deutschen Ostmark der Öffentlichkeit übergeben hätten! Und zwar einen Gegenvorschlag, der die Ostmark nicht zerreißt, sondern integral deutsch läßt, der aber trotzdem berechtigten polnischen Wünschen im Sinne der Wilsonschen Thesen völlige Befreiung verheißt! Die Regierung hätte mancherlei damit gewonnen: Das Vertrauen der Ostmark und eine günstige Plattform, von der aus weitere Verhandlungen möglich erschienen.

Die Nationalitätenkarte des polnischen Komitees

Im Jahre 1915 wurde in Warschau von der Union progressiste Polonaise eine Karte (Carte de la répartition de la population polonaise dans ses limites ethnographiques et sur le confuis) herausgegeben, die anschaulich die Verbreitung des Polentums in Osteuropa vergegenwärtigen soll. Sie umfaßt das Gebiet von der Küste Kurlands bis nach der Bukowina und von der Oder bis zum Pripiet (48—55 Grad nördlicher Breite und 15—28 Grad östlicher Länge). Die Staats- und Provinzialgrenzen Preußens sind mit gelber, die Grenzen Galiziens mit blauer, die Grenzen des ehemaligen Zarenreichs mit grüner Farbe bezeichnet. Der prozentuale Anteil der Polen an der Bevölkerung der einzelnen Kreise ist in roter Färbung in vierfacher Tönung dargestellt, indem die Kreise mit 50 und mehr Prozent rot, die mit weniger als 10 Prozent Polen ganz weiß gefärbt

sind und weitere Unterschiede die Gebiete mit 10—24, 25—34, 35—49 Prozent herausheben. Mit wenigen Ausnahmen sind nur die Kreisstädte eingetragen.

Die Karte zeigt, daß die Grenzen der polnischen Bevölkerungsmehrheit im Osten im wesentlichen mit den Grenzen von Kongreßpolen zusammenfallen. Nur bei Wilna (nicht bei Kowno) liegt ein Gebiet mit knapper polnischer Mehrheit (50,9 Prozent). Im Süden deckt sich die Grenze des polnischen Volkstums mit der Grenze Galiziens, wobei der San die Ostgrenze bildet. Östlich davon hat nur der Bezirk Lemberg 57,7 Prozent Polen. Für Kongreßpolen ist bezeichnend, daß dort nur ein einziger Kreis (Miechow) mehr als 90 Prozent Polen aufweist.

Bei Betrachtung der West- und Nordgrenzen fällt zunächst auf, daß die Bezirke mit polnischer Mehrheit gewissermaßen Lappen-

förmig in das deutsche Gebiet hineinragen; sie hängen untereinander gar nicht oder nur auf ganz kurzen Strecken zusammen. So wird das polnische Gebiet Schlesiens und Posen nur durch das schmale Stück der Grenze zwischen den Kreisen Kreuzburg und Kempen verknüpft. Zwischen Posen und Westpreußen findet sich gar keine Verbindung; vielmehr ist hier eine breite Lücke vorhanden, die durch die Kreise Thorn, Bromberg, Wirfzig, Flatau, Kolmar, Czarnikau, Zilchne und Deutsch-Krone mit zum Teil starker deutscher Mehrheit ausgefüllt wird. Im südlichen West- und Ostpreußen bildet die polnische Mehrheit, selbst wenn, wie es auf der Karte fälschlich geschieht, die Masuren als Polen gezählt werden, nur einen schmalen Streifen längs der Südgrenze.

Das Polentum auf dem linken Weichselufer steht mit der Bevölkerung von Kongreßpolen nur durch die Kreise Briesen und Kulm — Thorn hat eine deutsche Mehrheit von 54,5 Prozent — auf einer nur etwa dreißig Kilometer langen Strecke in Verbindung; es tritt deutlich als Enklave im deutschen Lande in Erscheinung, was um so bemerkenswerter ist, als sonst die Polen, die Tatsachen umkehrend, von deutschen Inseln in der slawischen Flut zu sprechen pflegen. Durchaus unrichtig ist es aber, wenn die Karte innerhalb Westpreußens ein geschlossenes Gebiet mit polnischer Mehrheit bis zur Küste hin aufweist. Die Verfasser der Karte machen sich einer bewußten Irreführung schuldig, wenn sie auch den Kreis Neustadt mit der dunkelroten Farbe bezeichnen, die für die Bezirke mit 50 und mehr Prozent Polen bestimmt ist; denn sie geben selbst an, daß die Polen hier nur 49,7 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen. Aus der Art der Farbenbezeichnung geht weiterhin nicht hervor — und doch ist dies für eine gerechte Entscheidung in nationaler Hinsicht erforderlich — daß die polnische Bevölkerung in Westpreußen in fünf Kreisen (Briesen, Kulm, Schwetz, Konig, Berent) nur eine sehr schwache Mehrheit besitzt; sie ist hier nur um 1 bis

8 Prozent zahlreicher als die deutsche. Ferner bleibt unberücksichtigt, daß in keinem Kreise die polnische Mehrheit 78 Prozent übersteigt.

Als dreiste Fälschung muß es zurückgewiesen werden, wenn nach polnischem Verlieben die Kreisgrenzen verschoben werden. Um den Eindruck zu erwecken, daß die Küste überwiegend von Polen bewohnt ist, wird die Grenze des Kreises Neustadt bis nach Neufahrwasser zur Weichselmündung hin ausgedehnt und auch Oliva, das zum Kreise Danzig-Höhe gehört, mit dem umliegenden Gebiet dort hineinbezogen. Ebenso falsch ist es, wenn das Gebiet um Melve, von der Ferse bis zur Grenze des Kreises Dirschau, zum Kreise Stargard gerechnet und deshalb überwiegend polnisch dargestellt wird. Dieser Bezirk gehört vielmehr zum Kreise Marienwerder, der eine deutsche Mehrheit von 62 Prozent aufweist. Ganz willkürlich ist mit dem Gebiet um Danzig verfahren. Wie bei Thorn, Graudenz und Elbing Stadt- und Landkreis als ein Bezirk gerechnet werden, sind zwar auch hier die Kreise Danzig Stadt und Danzig Höhe zeichnerisch zusammengefaßt worden. Während aber sonst das Verhältnis zwischen deutscher und polnischer Bevölkerung dementsprechend umgerechnet ist, wird hier für den ganzen Bezirk die Prozentzahl der Polen für den Kreis Danzig-Höhe (11 Prozent) angegeben und die Tatsache, daß in der Stadt Danzig nur 3 Prozent, im Kreise Danzig-Niederung gar nur 0,8 Prozent ausmachen, völlig verschwiegen. Nach Zeichnung der Karte muß ein unbefangener Betrachter annehmen, daß nicht nur die Stadt, sondern auch das ganze Land an der Küste bis zum Weichseldurchbruch bei Neufähr zu 11 Prozent polnisch sind. Im übrigen sei darauf hingewiesen, daß nach Angabe der Karte das Polentum in den pommerschen Kreisen Bütow und Lauenburg, die gegenwärtig auch lebhaft gefordert werden, nur 14,9 und 5,5 Prozent ausmacht!

Das sind die „wissenschaftlichen“ Grundlagen, auf die das „imperialistische“ Polentum seine „gerechten“ Ansprüche stützt! K.

Zur Charakterisierung der polnischen Presse

Durch die polnische Presse weht der Hauch eines schrankenlosen Imperialismus. Es ist, als ob einem angestauten Bergbach das dämmende Wehr entzogen wird, und er mit ungehemmter Wucht sein Bett verläßt und ins Uferlose sich ergießt. Der dem neuerstandenen polnischen Nationalismus durch das Wilsonprogramm vorbezeichnete Weg wird verlassen, hochfliegenden Zukunftsplänen wird nachgejagt und über der an unserer Ohnmacht großgewordenen Machtbegier wird ganz und gar vergessen, daß Polen unser Nachbar ist, mit dem es für später in beiderseitig erträglicher Weise schließlich auskommen muß. Hieran denkt zurzeit noch niemand. Polens Nachbar ist Frankreich. Das dazwischenliegende Deutschland bildet für den polnischen Emporkömmling eine „quantité négligeable“, gut genug dafür, daß man daraus Milliardenentschädigungen, Material, schließlich auch Menschen und Grund und Boden herauspressen könnte.

Von Frankreich erhofft man alles. Der Pole fühlt sich dem Franzosen kongenial, im Haß gegen Deutschland und in der imperialistischen Eier. Das Fallen und Steigen des Friedensbarometers in Paris wird mit der gespanntesten Aufmerksamkeit verfolgt, die französische Politik spricht den polnischen Wünschen aus dem Herzen, Frankreichs Sache ist die Polens. Weider Interessen decken sich völlig in einem Punkte. Möglichste Schwächung Deutschlands. Wer von den andern Alliierten nicht blindlings diese französisch-polnische Politik mitmacht, wer neben dem Standpunkt des allmächtigen Siegers noch berücksichtigen möchte, daß auch im eigenen Interesse eine völlige Verstümmelung und Knechtung Deutschlands nicht erwünscht sein kann, gilt als Verräter an der heiligen polnischen Sache. Die polnische Devise bleibt, mag Deutschland sterben, wenn nur Polen das erhält, was es als sein vermeintliches Recht betrachtet.

Dieses Recht fällt nicht mit dem Anspruch zusammen, den Polen auf Grund der als die Friedensbasis anzusehenden Wilsonschen Punkte erheben darf. Die polnische Presse ist freimütig genug, das Programm Wilsons

nicht im Sinne einer Beschränkung ihrer nationalen Bestrebungen anzuerkennen. Sie ist durchaus gegen die Anschauung, als ob Polen, das — abgesehen von dem früheren Schritt der Zentralmächte — erst durch die Festlegung der kriegführenden Mächte auf das Wilsonprogramm einen internationalen Anspruch auf Selbständigkeit hielt, irgendetwas daran gebunden sei. Polen verlangt schrankenlose Berücksichtigung seiner Ansprüche aus eigenem Recht, unbekümmert darum, ob sie mit den allgemeinen Forderungen Wilsons auf Anerkennung des Nationalitätenprinzips und des Selbstbestimmungsrechts der Völker kollidieren. Ebensowenig wie Frankreich ist Polen geneigt, zugunsten dieser beiden Prinzipien irgendwelche Zugeständnisse zu machen. Wenn die polnische Presse sich des öfteren auf die Rechte Polens aus den Wilsonschen Punkten beruft, so wird damit entweder nur ein Teil der Rechte begründet, oder aber es wird den Formulierungen Wilsons eine extensive Auslegung gegeben, die ihrem eigenen Sinn diametral entgegengläuft.

Die polnische Presse basiert ihre Ansprüche zunächst auf das sogenannte „historische Recht“. Sie weiß sehr gut, daß dieses Recht, falls es nicht in dem leeren Sinne einer billigen Phrase, eines blenden sollenden Schlagwortes gebraucht wird, der heutigen Anschauung nicht mehr entspricht, daß gerade die Alliierten gegen das „historische Recht“ zugunsten des Selbstbestimmungsrechtes der Völker ins Feld gezogen sind. Ihre These fordert die Wiederherstellung des historischen Polens, grundsätzlich des Reiches vor 1772, eines Staates also, der in seiner damaligen Zusammensetzung kein Nationalstaat, sondern ein aus verschiedenen Nationalitäten bestehender und durch das Gesetz der Eroberung zusammengehaltener Staat war. Mit anderen Worten, es wird die Aufrichtung eines Zustandes gefordert, den die von Wilson inspirierte Neuordnung der Weltverhältnisse für immer beseitigt wissen möchte. Innerhalb dieses wieder zu errichtenden Staatsgebildes kennt die polnische Presse kein anderes

nationales Selbstbestimmungsrecht als das eigene. Nicht die Völker in den einzelnen Gebieten sollen über ihre Zukunft entscheiden, sondern einzig und allein das polnische Volk hat nach Gutdünken darüber zu bestimmen, was mit ihnen zu geschehen hat. Das versteht die polnische Presse unter dem Selbstbestimmungsrecht, das es mithin nur für sich in Anspruch nimmt und von dem nichts übrig gelassen wird, als das Wort selbst. Der „Biarus Post“ führt dementsprechend wörtlich aus:

„Daraus folgt, daß weder Wilson noch Lloyd George weder die deutsche noch die verdeutschte Bevölkerung Schlesiens, Groß-Polens, des Danziger Pommerns, Ermlands und Preußisch-Masowiens über die staatliche Zugehörigkeit dieser Gebiete entscheiden können, sondern daß dies das polnische Volk als der uralte Wirt dieser Ländereien tun muß.“

Und das polnische Volk will und kann nicht erlauben, daß nur eine polnische Hütte unter der deutschen Herrschaft bleibt, da es dadurch ihre Einwohner der Entartung ausliefern würde, die gegen das natürliche Recht und den Willen der Vorsehung ist.“

Die Tatsache also, daß das polnische Volk zu irgend einer Zeit einmal einen Gebiets- teil besessen hat, ist ausreichend, um ihn zurückzufordern, und sollte selbst unter Tausenden anderer nur eine einzige polnische Hütte sich noch dort befinden. Die Begründung mit dem „natürlichen Recht“ und dem „Willen der Vorsehung“ will dabei nichts anderes sein, als eine dekorative Verbrämung, es handelt sich auch im Grunde genommen um gar keinen rechtlichen Anspruch, sondern einzig und allein um nationalistische Gewaltpolitik.

Dem Gedanken, daß auch die Geschichte fortschreitet und in ihr sich die Grenzen der Völker und Territorien verschieben, wird überhaupt nicht nachgegangen. Die Idee einer geschichtlichen Entwicklung ist der polnischen Presse fremd. Die Deutschen, die in den beanspruchten Gebieten seit Jahrzehnten oder Jahrhunderten wohnen, gelten als Eindringlinge, als Eingewanderte, die in ihrer jetzigen Heimat des Schutzes des Selbstbestimmungsrechtes nicht teilhaftig sein dürfen.

Die polnische Presse geht aber noch weiter. Wird auf der einen Seite das Selbstbestimmungsrecht als lästig beiseite geschoben, so greift sie auf der andern Seite das Nationalitätenprinzip heraus, ohne zu bedenken, daß es sozusagen nur die notwendige Ergänzung des ersteren bildet, mit diesem also steht und fällt. Auf Grund dieses Prinzips werden die polnisch sprechenden Teile Schlesiens verlangt, desgleichen Masuren, Gebiete, die nicht zu dem Polen von 1772 gehört haben. Es ist hier nicht davon die Rede, daß — um in die polnische Redeweise zu fallen — das Unrecht der Teilungen Polens wieder gut zu machen wäre, sondern mit dem preußischen Staate seit Jahrhunderten verwachsene Gebiete sollen herausgerissen werden, weil die nationale Einheit des polnischen Volkes es erfordere. Die polnische Presse stößt sich nicht daran, daß die überwiegende Mehrzahl der preußischen Masuren sich völlig als Deutsche fühlt und nichts von Polen wissen will, das Nationalitätenprinzip muß ihnen vielmehr eingehämmert werden, und wenn sie nicht von selbst darauf kommen sollten, mittels eines gelinden Drucks unter dem Schutze einer polnischen Armee! Das stehende Leitmotiv ist immer, die Masuren werden es schließlich schon einsehen, daß sie Polen sind, wenn sie es auch zurzeit noch nicht wissen sollten. In beiden Fällen, sowohl bezüglich Schlesiens wie Masurens, soll das Rad der Geschichte um Jahrhunderte zurückgedreht werden, im Grunde genommen aber nicht zuliebe des Wilsonschen Nationalitätenprinzips, sondern lediglich aus imperialistischem Nachthunger.

Mit den Wilsonschen Prinzipien haben gleichfalls nichts die andern Stützpunkte der polnischen Machtpolitik zu tun, die auf den Begriffen der wirtschaftlichen Notwendigkeit und Lebensfähigkeit des polnischen Staates beruhen. Neben dem Argument der „historischen Gerechtigkeit“ ist es vor allem der Hinweis auf die wirtschaftliche Notwendigkeit, die die polnische Presse ins Feld führt, um das rein deutsche Danzig dem polnischen Staate anzugliedern. Dieser Begriff ist im Wilsonprogramm zwar nicht fremd, er operiert mit ihm aber nur in der Hinsicht, daß

ein wirtschaftlicher Ausgleich, nicht eine politische Befriedigung erzielt werden sollte. Für die polnische Presse bedeutet jedoch die Erfüllung wirtschaftlicher Forderungen ohne weiteres auch eine Befriedigung rein nationalistischer Ziele.

Ebensowenig wie die polnische Presse gewillt ist, die Entwicklung der polnischen Frage von der Berücksichtigung der Wilsonschen Prinzipien abhängig zu machen, ebensowenig ist sie entschlossen, etwa zu warten, bis die Friedenskonferenz ihr Urteil — und zwar gleichgültig auf welcher Grundlage — gesprochen haben wird. Die polnische Presse fühlt, daß die restlose Erledigung ihrer Wünsche ein langes Zögern nicht verträgt, daß eine ruhige Nachprüfung ihrer Ansprüche ihnen schließlich nachteilig sein könnte und daß nur ein einziges Mittel sie mit einem Schläge sicher zu stellen imstande ist: die offene Gewalt. Dies bedingt aber schnelles Handeln. Eine schwere Enttäuschung hat die polnische Presse durch die Wendung in der Danziger Landungsfrage erlitten, auf die in der angedeuteten Hinsicht die größten Hoffnungen gesetzt waren. Damit gibt sie aber noch nicht das Spiel vor dem Spruch der Friedenskonferenz verloren, immer wieder weist sie auf die Notwendigkeit hin, noch während der Friedensverhandlungen den entscheidenden Gewaltschritt zu unternehmen. Nur auf diese Weise könnte Preußen-Deutsch-

land zur Erkenntnis seiner Ohnmacht (nicht etwa seines Unrechts) gezwungen werden. Die „Przyjaci Ludu“ (Graudenz) schreibt wörtlich:

Wenn die Deutschen neben sich ein starkes Polen erblicken, dessen Grenzen höchstens in einer Entfernung von einigen hundert Kilometern von Berlin, der Residenz Deutschlands, verläuft, die von Posen mit Lebensmitteln versehen wird, werden sie unverzüglich zu der Überzeugung gelangen, daß die Periode der altdeutschen Größe zur Vergangenheit gehört.

Es wäre unbestreitbar eine sträfliche Unterlassung, diesen Äußerungen der polnischen Presse kein Gewicht beizumessen. Sie spricht nicht zu ihren Lesern allein, sie verschafft sich Gehör bei unseren Feinden, denen sie unermüdet ihre Argumente vor die Augen führt. Unablässig muß die deutsche Bevölkerung der Ostmark durch ihre Volksräte auch ihre Stimme zu Gehör bringen. Es wäre schwer gefehlt, wenn das Deutschtum in diesem Kampf der Worte abseits stehen wollte. Unser Ziel geht dahin, dem für die deutsche Ostmark nur günstigen Wilsonprogramm zum Siege zu verhelfen und aus diesem Grunde müssen wir alles daransetzen, die Wichtigkeit der in der polnischen Presse vorgebrachten Ansprüche vor dem Forum der gesamten öffentlichen Meinung zu beweisen.

Aus den Deutschen Volksräten

Aus **Wentschen** wird uns berichtet: Zu einer Massenkundgebung am Ostersonntag hatte die Ortsgruppe Wentschen des deutschen Heimatbundes Posener Flüchtlinge aufgefördert. Mehr als 2000 Männer und Frauen aller Berufsstände folgten diesem Rufe und marschierten unter Vorantritt des gesamten hiesigen Grenzschutzes in geschlossenem Zuge unter Absingen patriotischer Lieder vom Bahnhof nach dem Marktplatz. Es war ein Zug, wie ihn unsere Stadt nach der Verhinderung alteingewohnter Bürger in so imposanter Größe noch nie gesehen hatte.

Was wollten diese Tausende? Was veranlaßte sie, in letzter Stunde, da die Würfel über unser Schicksal fallen, noch einmal Zeugnis abzulegen für das Deutschtum, zu bekennen, daß die Heimatprovinz nicht dem deutschen Reiche geraubt würde, daß die Regierung nur einen Frieden unterschreibe, der uns die posensche Heimat, den Tausenden von Flüchtlingen, die Haus und Hof haben verlassen müssen, wiedergeben und die Hunderttausende von Volksgenossen, die unter polnischem Joch schmachten, erlöst. Wir haben nicht nur ein geschichtliches Recht

auf die Provinz Posen, sondern auch ein wirtschaftliches. Deutschland braucht die Kornkammer, die ihm im Verlaufe der Revolution durch schnöden Verrat und Unfähigkeit seiner Unterhändler entrispen worden ist. Darum hat die Regierung, wenn sie auf des Volkes Stimme hören will, gar keine andere Wahl, als das Verbleiben Posens beim Deutschen Reiche unbedingt zu fordern und keinen Frieden zu schließen, der uns entrechtet. Sollte es zum Äußersten kommen, dann würde an der gesammten polnischen Front der Kampf von neuem beginnen. Mit Gewalt müßten wir uns holen, was uns die Friedensunterhändler nicht erringen konnten. Das mögen sich unsere Feinde gesagt sein lassen. Wenn sie uns gänzlich zu zertreten beabsichtigen, wie es den Anschein hat — sie sollen und werden sich irren. Unsere Front ist stark und unsere Kraft im Wachsen. Von der Regierung müssen wir verlangen, daß sie unsere Interessen nunmehr mit der äußersten Energie vertritt. Uns selbst aber möge immer jener Geist erfüllen, der das Schweizer Volk beseele, als es seine Freiheit sich erkämpfte. „Wir wollen sein ein freies Volk von Brüdern!“

Diese Gedanken waren es im wesentlichen, die Herr Rechtsanwalt Mittel nach einigen einleitenden Worten der Vertrauensmänner des hiesigen Grenzschießbataillons, des Herrn Schmidt, und der Ortsgruppe des hiesigen Heimatbundes Posener Flüchtlinge, Herrn Cedur, in längerer Rede zum Ausdruck brachte. Daß die Versammlung sich völlig mit dem Redner eins fühlte, bewies sie durch ihre begeisterten Kundgebungen während und am Schlusse des Vortrages. Darauf wandte sich der Kommandeur des hiesigen Grenzschießes, Herr Oberleutnant Kohnleder, an die Versammlung und insbesondere an die Kameraden des Grenzschießes. Er betonte vor allem die sittliche Pflicht eines jeden, mitzuarbeiten und das Letzte herzugeben, wenn es gälte, das Heimatland zu befreien. Was wir in den viereinhalb Kriegsjahren geleistet haben wie kein anderes Volk in der Geschichte, beweise unsere gewaltige Kraft und gebe uns Mut und Hoffnung für die Zukunft. Aber aufwachen

müssen wir und die Waffen, die wir in falscher Sicherheit wieder beiseite gelegt haben, aufs neue ergreifen und uns so stark machen als es nur irgend möglich ist, damit wieder, wenn die Stunde der Erlösung unserer Heimatprovinz ruft, jeder auf seinem Posten sei. — In diesen Appell an die Wehrhaftmachung des Volkes gipfelten die Ausführungen des Redners. Sie unterstützten in wirksamer Weise das Vorhergesagte und verfehlten ihre Wirkung nicht. Schließlich verlas Bürgermeister Butz ein vom Ministerium des Innern kürzlich eingegangenes Antworttelegramm auf die von der Volksversammlung vom 29. März gefaßte Entschliebung. In diesem Telegramm wird zum Ausdruck gebracht, daß die Regierung auch bezüglich der Provinz Posen dafür eintritt, daß der Bestand des Staates erhalten bleibt, und daß jedenfalls kein Gebiet unzweifelhaft deutschen Volkstums unter die Gewalt eines anderen Staates falle, sowie daß die preussische Staatsregierung damit in voller Übereinstimmung mit der Reichsregierung stehe. Der Redner knüpfte daran die Hoffnung, daß es bei entschlossenem Vorgehen gelingen würde, die ganze Provinz Posen wieder zu gewinnen.

Von der Versammlung wurde darauf folgende Entschliebung, die an alle maßgebenden Instanzen abgesandt werden soll, einstimmig gut geheißt:

Auf Hilfe heischende Mufe der Posener Flüchtlinge haben sich Tausende deutscher Bürger in Bentzen und Umgegend mit ihren siegreichen treubewährten Grenzschieß, ihren städtischen Vertretungen, den deutschen Volksräten, Bürgerwehren und Frauenvereinen heute zu einer gewaltigen Massenkundgebung unter freiem Himmel in Bentzen versammelt. Gestützt auf das durch die Geschichte verbrieftete Recht der Zugehörigkeit Posens zum preussischen Staate verlangen wir, daß Recht Recht bleibt. Das deutsche Vaterland braucht die Provinz auch weiterhin als Kornkammer und darf ihren Raub niemals zulassen, wenn es nicht wirtschaftlich zugrunde gehen will. Deutsches Blut ist um unsere teure Heimat geflossen. Tausende haben, von den Polen vertrieben, Haus und

Hof verlassen müssen. Sie alle sind gleich wie ihre übrigen Landsleute von dem heiligen Vorsatz beseelt, ihr Letztes herzugeben, um den frevelhaften Raub gierigen Polen Händen zu entreißen. Trotz des drohenden Gewaltfriedens fordern wir von der Regierung, daß kein Fuchsbreit Landes von der Provinz abgetrennt werde. Kraftvoller wie bisher müssen die Posener Interessen vertreten werden. Mögen unsere Gegner in letzter Stunde es sich gesagt sein lassen, daß alle Deutschen Posens in dem Grenzschutz entschlossen sind, die heimatlische Scholle bis zum letzten Blutstropfen zu verteidigen und, wenn es Not tut, Gewalt gegen Gewalt zu setzen. Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende.

Der Deutsche Heimatbund Posener Flüchtlinge (Ortsgruppe Bentzen), Der Gefechtsabschnitt Bentzen. Die städtischen Körperschaften Bentzen. Der Deutsche Volksrat.

Die Bürgerwehr. Die vereinigten Frauenvereine.

Nachdem das Lied „Deutschland, Deutschland über alles“, das die mehrtausendköpfige Menge begeistert sang, verklungen war, setzte sich der Zug nach dem Friedhof in Bewegung, um hier den im Kampfe um unsere Heimat Gefallenen eine letzte stille Ehrung zu erweisen. Es wurden von den Vertretern der städtischen Körperschaften, des Grenzschutzes und der Vereine eine große Zahl herrlicher Kränze auf die zum Teil noch frischen Gräber niedergelegt. Einige kurze Ansprachen brachten das Gelöbniß zum Ausdruck, den Toten die Treue zu halten und es ihnen, wenn die Stunde der Entscheidung schlägt, nachzutun. Damit hatte die imposante Kundgebung ihr Ende erreicht. Möge das Ziel, das der Deutsche Heimatbund Posener Flüchtlinge auf seine Fahne geschrieben hat, recht bald zur Wahrheit werden.

Pressestimmen

I. Polnische Presse

Was für Aufgaben die polnische sogenannte Volkswehr hat, wozu sie bestimmt ist, kann man leicht aus nachstehendem Leitartikel der „Gazeta Polska“ (Kösten) Nr. 76 vom 8. 4. ersehen:

Die Volkswehr. In einigen Tagen wird die Volkswehr des Kreises Kösten eine hohe und erhebende Feier begehen. Nach Anhörung der heiligen Feldmesse angesichts Gottes werden die Reihen der Volkswehr in Anwesenheit des Obersten Kommandos der Volkswehr und des polnischen Militärs ein feierliches Gelöbniß ablegen, daß sie dem Vaterlande treu dienen und im Notfalle dasselbe bis zum letzten Blutstropfen verteidigen werden und daß sie in diesem Nationaldienste Gehorsam unserer rechtmäßigen polnischen Behörde versprechen, ebenso wie den von ihr ernannten Befehlshabern.

Dieser feierliche Moment wird wohl jedem der Anteilnehmer die riesengroße und erhebende Aufgabe vergegenwärtigen, welche unsere Volkswehr zu erfüllen hat.

Das neue Polen wird wieder aufgebaut und erhebt sich nach langem Sklaventum unter schweren und harten Bedingungen. Seine Grenzen sind noch nicht festgelegt, und doch muß man sie schon vor dem Feinde schützen, der von allen Seiten hereindringt, um uns wiederum zu unterjochen oder während des allgemeinen Weltchaos wenigstens ein Stück des ewigen polnischen Landes zu rauben.

Also greift die Blüte der polnischen Jugend und der gereiften Männer, die vielleicht eben erst aus dem vierjährigen Kriegsgetümmel zurückgekommen sind, wieder zu den Waffen und schützt durch die lebendige Mauer seines Körpers das bedrohte geliebte Land, und obgleich sie auf dem Felde des Ruhmes kommt, währt sie doch weiter aus und siegt. Das ist unser tapferes, wenn auch junges, unser heldenhaftes polnisches Militär, unser Ruhm und unser Stolz.

Und wenn diese lebendige Schanze auf der Kampfesfront verblutet, bleibt denn dann für diejenigen, welche zu Hause geblieben sind, nichts mehr übrig zu tun, als nur

diese tapferen Krieger zu loben, um sodann den üblichen Alltagsarbeiten nachzugehen? Und wenn diese lebendige Mauer erschüttert werden sollte, wer wird sie stützen? Wer wird schließlich die innere Ordnung und Ruhe sichern?

Das ist die Aufgabe der Volkswehr.

Die auf diesem Fundament erbaute Volkswehr wird zum Schutze unserer Fronttruppen einen zweiten lebendigen Schutzwall bilden, an dem alle Versuche der äußern Feinde wie auch der innern Umstürzler scheitern werden, wenn sie auch bei uns ihre geistlose umstürzlerische Arbeit sollten beginnen wollen. Dann wird auch unsere Volkswehr der Ruhm und Stolz unseres ganzen Volkes werden.

Lech (Gnesen) Nr. 85 vom 11. 4. 19.

Unter der Überschrift: „An alle Ämter“ bringt die Zeitung einen Aufruf des Starosten Mittel, in welchem die polnischen Behörden und Organisationen nicht nur in Posen, sondern auch in der Provinz aufgefordert werden, anzugeben, was für Stellen bezw. Ämter frei werden könnten, um dieselben mit den aus Deutschland zurückkehrenden Auswanderern zu besetzen. Der Aufruf sagt weiter, daß durch eine derartige Übersicht vorhandener Stellen es ein Leichtes wäre, auch Posten, die bisher von deutschen Angestellten versehen wurden, mit Polen zu besetzen.

Eventuelle Offerten wird gebeten mit Angabe der genauen Bedingungen schleunigst an das Reesigrationsdezernat beim Kommissariat des G. P. B. in Posen zu senden.

Dziennik Poznański (Posen) Nr. 90 vom 17. April.

Traurige Zustände. Unsere Bevölkerung empört sich ganz gerechtfertigterweise, daß sie keine Kohlen erhalte, ferner, daß man sie schon seit zwei Monaten damit tröstet, daß die Kohlen bereits auf dem Wege sind. Aber wie stehen die Sachen? — Die Warschauer Regierung hat sich verpflichtet, 200 Wagen Kohlen täglich zu senden. Sie erhält dafür Kartoffeln und Saatgut. Die Kartoffeln sind abgeschickt worden, tausend unserer Eisenbahnwagen sind in Kongreßpolen, wir wissen auch, daß in den Kohlen-

werken über tausend Waggons schon gefördert und bereits abhandbereiter Kohlen liegen. Die Kohlenbergwerke werden angeblich aus diesem Grunde sogar die Produktion verringern müssen.

Es sind dies sehr traurige Zustände, welche unbedingt geändert werden müssen. Es entsteht angeblich eine solche Situation, daß wir hier Kohlen erhalten würden, aber die Beamten im Königreich handeln, denn sie wollen, daß ihnen für jeden Waggon Kohlen, welchen sie uns hierher schicken, ein besonderes Trinkgeld gezahlt wird (Lapówka), wie das zu russischen Zeiten der Fall war, wo man ohne Bestechung sich nicht vom Plaze rühren konnte. Die polnische Regierung in Warschau muß da unbedingt einschreiten. Ebenso müssen auch die Abgeordneten im polnischen Landtag diese Angelegenheit näher betrachten. Das demokratisierende russische System wollen wir auf keinen Fall in das neu zu bauende Polen einführen. Dieses System muß auf Schritt und Tritt ausgerottet werden.

Gazeta Toruńska (Thorn) Nr. 85 vom 15. April.

Ein scharfes Gesetz gegen die Bestechlichkeit der Beamten und der Staatsangestellten. Warschau. Der Abgeordnete Glabinski und Genossen haben das Projekt eines Gesetzes eingebracht, welches sich gegen die Bestechlichkeit der Beamten und der Staatsangestellten richtet. Das Projekt bestimmt, daß der Beamte, dem Bestechlichkeit nachgewiesen wird, sofort aus dem Dienste gewiesen und sein Vermögen beschlagnahmt wird.

Ein sehr scharfes Gesetz hat man auch gegen die Wucherer eingebracht.

Gazeta Toruńska (Thorn) Nr. 82 vom 11. April.

Die Verhaftung von Bolschewisten bei der Arbeit. Aus Warschau wird mitgeteilt: Vorgestern hat ein Wachtposten des Kommissariats in der Broniastraße einen Kollwagen mit Leuten angehalten, die zwei Ballen Papier fuhren. Es erwies sich, daß es ein Transport der kommunistischen Zeitung „Gromada“ war. Man verhaftete St. Lubelski und J. Gebalski. Die Druck-

schriften wurden beschlagnahmt zwecks Vernichtung. Rubelski hat sich, wie aus den Beweispapieren zu ersehen ist, eben erst aus Dombrowa-Cornieza abmelden lassen. *Gazeta Polska (Kösten)* Nr. 82 vom 4. April.

Entdeckung einer bolschewistischen Organisation. In Landtagskreisen wurde vorgestern erzählt, daß auf einer der Stationen bei Kowel vier verdächtige Personen, darunter eine Frau, auf dem Wege aus Kiew von den Behörden angehalten wurde. Die vorgenommene Revision brachte eine ganze Menge belastender Beweise und Korrespondenzen an verschiedene Personen in Warschau, Lublin und im Dombrower Kohlenbecken zutage. Man hat auf diese Weise die Spur einer Organisation der Sowjetagitatoren entdeckt, die in Polen tätig sind. In Verbindung mit dieser Entdeckung sind viele Verhaftungen vorgenommen worden.

Dziennik Poznanski (Posen) Nr. 88 vom 15. April.

Die Zeitung berichtet über die **Gründungsverammlung einer bürgerlichen Partei**, die am 14. April stattfand. Das Programm in der Nationalitätenfrage lautet: Gegenüber der deutschen Bevölkerung und nationalen Minderheiten in Polen werden wir uns durch eine Toleranz in präzise umschriebenen Grenzen leiten lassen, damit nicht irgend ein Schade für das Interesse der Nation entsteht. Wir verlangen 1. vollständige innerlich geistige und äußere Polonisierung unserer Städte, 2. Entfernung der deutschen Beamten und Ersetzung derselben durch Polen. Wir fordern schleunigste Polonisierung der Schulen durch Entfernung aller Lehrer, welche die Sprache nicht beherrschen, oder uns feindlich gesinnt sind. (Toleranz in präzise umschriebenen Grenzen ist ein sehr hübscher Begriff. Anm. d. Red.)

Bestechung und Protektion. Die in Warschau erscheinende neue Wochenschrift „*Sprawa*“ charakterisiert die polnischen Beamtenzustände folgendermaßen:

Das Bestechertum vernichtet unseren Volksorganismus. Unsere Ämter, besonders die Approvisionsämter, sind gefüllt mit merkwürdigen Individuen, die bescheidene Beamtengehälter beziehen, trotzdem aber über ihren Stand leben und Tausende für Luxus-

und Genußmittel ausgeben. Noch mehr diejenigen, welche während der moskowitzischen Zeiten Mietlinge waren und dann in den preußischen Diensten traten, spielen heute in den polnischen Ämtern eine Rolle und rauben alles, was sich rauben läßt. Es ist ein öffentliches Geheimnis, daß viel Staatsgut, welches sich in den Händen des Staates befinden müßte, Privatleute besitzen und dasselbe zu hohen Preisen dem Staate zurückverkaufen. (Militärmützen aus Stoffen, die nur die polnischen Ämter besitzen.) Es ist möglich, daß die höheren Beamten sich keine Mißgriffe zu schulden kommen lassen. Sie achten aber zu wenig energisch darauf, daß andere diese Mißgriffe nicht verschulden.

Der Bestechung folgt der Nepotismus. Zu Zeiten der Moskowiter und Deutschen konnte man eine Stellung nur durch Protektion erhalten. Dasselbe ist auch heute der Fall. Eine Stellung ohne Protektion zu erhalten, ist gar nicht denkbar. Nicht Qualifikation, nicht Befähigung, sondern Bekanntschaften und gute Verbindungen, oft auch Parteizugehörigkeit, spielen die erste Rolle und dienen als Beweis der besten Befähigung und Redlichkeit.

Ein schlechtes System reizt auf verschiedenen unserer Ämter ein. Die Funktionäre, die sich Mißgriffe zu schulden kommen lassen, werden nicht ihrer Stellung enthoben, sondern versetzt. — Vielleicht zur Strafe auf schlechtere Posten? — Keineswegs. Mit größter Sorgfalt wird darauf geachtet, daß der redliche Beamte auf den bisherigen Etat gestellt bleibt. Noch ein Schritt und wir kommen dahin, daß es bei uns so zugeht, wie im zaristischen Rußland, daß die Übergriffe zu Beförderungen führten, denn der angeklagte Beamte wurde natürlich auf einen höheren Posten versetzt. Angeblich soll einer unserer Minister gesagt haben, als man ihn auf diese Angelegenheit aufmerksam machte: Wenn ich alle für Bestechung und Diebstahl entfernen wollte, so bleibe ich ohne Beamte.

2. Auslandspresse

Der „*Manchester Guardian*“ gegen die polnischen Machtansprüche. In der deutschen Presse ist in einem kurzen Auszuge ein Artikel des „*Manchester Guardian*“ vom 15. März

wiedergegeben worden, der sich gegen die unberechtigten polnischen Ansprüche und ihre offensichtliche Verletzung des Nationalitätsgrundsatzes wendet. Die „Deutsche Allg. Zeitung“ bringt den nachfolgenden Wortlaut des Artikels:

„Die Frage über die Grenzen der polnischen Republik wird demnächst vor der Friedenskonferenz zur Entscheidung gelangen. In dem „House of Lords“ gab es eine kurze Besprechung hierüber am Donnerstagabend, während Lord Curzon einige nicht unbedeutende Bemerkungen machte. Lord Curzons Bezugnahme auf die wichtige Angelegenheit der Zukunft Danzigs ist auf verschiedene Art und Weise wiedergegeben worden. Nach einem Bericht soll er gesagt haben, „er hielte es für wahrscheinlich, daß die endgültigen Vereinbarungen die Übergabe des Danziger Hafens an Polen einschließen würden“. Ein anderer Bericht sagt: „Die Zukunft Danzigs sei eine Angelegenheit, die jetzt in Paris besprochen würde, und die Ansprüche Polens würden sorgfältigst in Erwägung gezogen werden.“ Der Widerspruch ist offensichtlich. Wenn Lord Curzon bei seiner Meinung geblieben ist, so muß die zweite Wiedergabe die richtigere sein, denn alle Berichte lauten dahin, daß Lord Curzon Polen gemahnt hätte, seine Ansprüche innerhalb vernünftiger Grenzen zu halten und nicht zu versuchen, Nachbarvölker aufzunehmen, welche keine verwandtschaftlichen oder andere Beziehungen zu den Polen hätten.

Wenn es irgend ein Gebiet gibt, auf welches die Polen ihre Ansprüche erheben, ohne eine Berechtigung dafür in der Verwandtschaft, der Sprache oder Gesinnung der Bevölkerung zu haben, so ist es der Stadt- und Landbezirk Danzig. Von den 150000 Einwohnern Danzigs sind weniger als 10 Prozent Polen. Danzig ist eine durchaus deutsche Stadt; sie ist es seit Jahrhunderten gewesen. Sie war stets deutsch in bezug auf Masse, Kultur und Sprache, während sie einen Teil der alten polnischen Republik bildete; der deutsche Charakter Danzigs ist nicht das Ergebnis der Teilung Polens und der gegen die Polen gerichteten Verfolgungspolitik Preußens nach dieser Teilung. Der Stadt- und Landbezirk Danzig hat eine

weitere Bedeutung, denn diese beiden Distrikte bilden einen Teil der deutschen Brücke, die vorwiegend deutschen und sicher nicht polnischen Charakter hat und welche die rein deutschen Gebiete Ostpreußens mit dem übrigen Deutschland, westlich der Weichsel, verbindet. Wenn daher Danzig (Stadt und Land) dem polnischen Staat einverleibt würde, dann würden nicht nur zahlreiche Deutsche und deutsche Gebiete gegen ihren Willen unter polnische Herrschaft kommen, sondern es würde auch die ausgedehnte deutsche Provinz Ostpreußen gänzlich von dem übrigen Deutschland abgeschnitten werden. Was für Vorwände sind dann also für eine derartig offensichtliche Verletzung des Nationalitätsgrundsatzes vorhanden?

Es ist der Wahrheit gemäß behauptet worden, daß Danzig der natürliche Hafen Polens ist und daß die Alliierten Polen einen Zugang zur See versprochen haben. Zugang zur See bedeutet nun nicht notwendigerweise den Besitz eines Hafens, welcher nach Nationalität, Sprache und Denkweise der Einwohner einem anderen Volk gehört. Es bedeutet vielmehr, daß volle und freie Verbindung mit der See herzustellen ist, und zwar so gesichert, daß das Tor zur See nicht je nach Laune eines anderen Staates geöffnet oder geschlossen werden kann. Wir glauben, daß die Alliierten auf alle Fälle Polen einen Zugang zur See in diesem Sinne sichern werden. Die Erwägung, daß Polen in einem solchen Fall ein Staat ohne eine eigene Küste sein würde, ist nicht von Belang, denn Polen wird diese Eigentümlichkeit mit verschiedenen anderen neuen wie alten Staaten teilen: mit der Schweiz z. B., mit Böhmen; vielleicht mit dem zukünftigen Araberstaat und bis zu einem bestimmten Grade mit dem Jugoslawischen Staat, dessen Haupthäfen am Adriatischen Meer Triest und Fiume sein werden. Die Beschaffung eines freien Zugangs zur See für Staaten, die tatsächlich oder praktisch von der See getrennt sind, ist eine der Hauptaufgaben der Friedenskonferenz, eine Aufgabe, deren Lösung vornehmlich dem Völkerbunde obliegen wird.

Die Einverleibung Danzigs in den polnischen Staat wird auch durch historische Erwägungen unterstützt. Es heißt, Danzig war

einmal ein Teil des polnischen Staates und sollte auch wieder ein Teil des polnischen Staates sein. Die historische Begründung ist überaus schwach. Die alte polnische Republik hatte zur Zeit ihrer größten Ausdehnung weite Gebiete eingeschlossen, die nach Nationalität, Religion und Sprache ihrer Bevölkerungen damals wie heute unzweifelhaft nicht polnisch waren. Die alte Republik Polen war kein Nationalstaat; sie war ein zusammengesetztes Reich, welches in der Art seines Aufbaues von dem ehemaligen österreichisch-ungarischen Reiche nicht zu unterscheiden war; und wie hier, so war auch in der alten Republik Polen die Mehrzahl der Einwohner nicht Polen; und die Mehrzahl der Polen wiederum waren Sklaven, die von der Minderheit des polnischen Adels geknechtet und ausgefogen wurden. Polnische Imperialisten handeln unklug, wenn sie das sehr häßliche Gespenst der alten Republik Polen wieder ausgraben, aber es handelt sich hier um ein größeres Objekt als Danzig.

Wenn Lord Curzon die Polen warnte, ihre Ansprüche zu mäßigen, so dachte er hierbei nicht nur an Danzig, sondern an viel größere Gebiete. Dmowski wünscht aus historischen Gründen die Errichtung eines Polens mit einer 35 Millionen-Bevölkerung, eines Polens, welches außer rein polnischen Gebieten nicht nur Danzig, sondern Litauen, Weißrußland, Schlessien, einen großen Teil der Ukraine und Ostgalizien einschließen soll. Unter 35 Millionen Einwohnern dieser ausgedehnten Gebiete befinden sich nur 16 Millionen Polen. Das Gebiet, welches eine polnische Majorität aufweist, hat nur eine Bevölkerung von 20 Millionen. Im übrigen Teil des Landes bilden die Polen größtenteils eine ausgesprochene Minorität. Die von Dmowski vorgebrachten polnischen Ansprüche befinden sich also in schärfstem Widerspruch mit dem Recht der Nationalitäten. Die Polen behaupten manchmal, daß die nichtpolnischen Gebiete, auf welche sie Ansprüche erheben, in

Wirklichkeit „nach Kultur wie Zivilisation polnisch“ seien. Damit wollen sie sagen, daß die Aristokratie und die Großgrundbesitzer Polen sind. Aber heutzutage ist es ebenso verhängnisvoll, Leute als Abhängige des Großgrundbesitzes zu behandeln wie als Abhängige der Kohlenbergwerke.

Nun zieht aber Dmowski noch eine weitere Erwägung in Betracht, die für ein imperialistisches Polen sprechen soll. Er meint, ein starkes Polen würde Deutschland das Gegengewicht halten und in dieser Beziehung die Stelle Rußlands einnehmen. Diese Stellungnahme hat in der französischen Chauvinistenpresse und unter gleichdenkenden Leuten hier großen Anklang gefunden: Inwieweit Kombinationen dieser Art von Bestand sein werden, soll hier nicht besprochen werden, aber Präsident Wilson hat schon darauf hingewiesen, daß die Welt zwischen dem Gleichgewicht der Mächte und dem Völkerbund zu wählen haben wird.

Wenn wir durch das Opfer der Rechte nichtpolnischer Bevölkerungen ein größeres Polen errichten in der Hoffnung, Deutschland dadurch in Schach zu halten, so bedeutet dies Machtpolitik. Alle diejenigen, welche ein solches Polen errichten wollen, untergraben damit den Völkerbund. Darüber müssen wir uns alle klar sein. Ein gerechter Frieden muß auf dem Prinzip der Nationalitäten gegründet sein. Der Aufbau eines Polen und des östlichen Europas in absolutem Einklang mit dem Völkerrecht ist sicherlich mit Schwierigkeiten verbunden. Denn in diesen Gebieten sind verschiedene Nationalitäten untrennbar durcheinander gewürfelt. Aber die Friedenskonferenz muß es sich zur Aufgabe machen, die Unterwerfung von nationalen Majoritäten unter Minoritäten zu vermeiden und die Rechte der Minoritäten zu schützen. Auf diese Weise kann die Friedenskonferenz ihrer Aufgabe so gerecht werden, wie es von humanen Staatsmännern erwartet werden kann.“

Kleine Nachrichten

Die Armee Haller. Nunmehr sind bereits über 15 000 Mann der Hallerschen Armee auf polnischem Boden eingetroffen. Nach einem Warschauer Funkspruch an Alle gibt Haller die Gesamtzahl seiner Truppen auf insgesamt 100 000 an.

Die ersten Transporte sind nach Galizien, d. h. gegen die Ukrainer, in Marsch gesetzt worden. Es ist aber möglich, daß spätere Transporte der Hallerschen Armee in der Provinz Posen verbleiben, zumal ein Teil der Hallerschen Truppen nach dem Rückzug der Bolschewiki in dem Nordabschnitt der russisch-polnischen Front (d. h. bei und südlich Wilna) dort nicht mehr gebraucht wird.

Im Zusammenhange damit gewinnen Nachrichten an Bedeutung, nach denen in Gnesen, Hohensalza, auch Rogasen usw. Quartiere für Teile der Hallerschen Armee vorbereitet werden.

(„Kreuzzig.“ 196 v. 29. April.)

Polnische Kundgebungen für Danzig. General Haller traf mit seinem Stabe am Dienstag Vormittag in Warschau ein, wo er von dem Minister des Innern, dem Abgeordneten Grabki und dem Stadtverordneten Balinski empfangen wurde. Die Ankunft Hallers rief eine starke Kundgebung hervor. Eine große Menge zog zur Wohnung des französischen Gesandten unter Vortragung eines Transparents mit der Aufschrift: „Wir stecken das Schwert nicht eher in die Scheide, bis Danzig unser ist.“ Auf eine Ansprache erwiderte der französische Gesandte, daß er seiner Regierung die gerechten Wünsche der Polen übermitteln werde.

Nach einer weiteren Meldung desselben Blattes erklärte General Haller bei seinem Erscheinen auf polnischem Boden, daß Danzig zu Polen gehören müsse. Wegen Westpreußens und Schlesiens bedauerte er, daß sie nicht dem Beispiel Posens gefolgt seien, wodurch diese Fragen längst hätten gelöst sein können.

Wie aus Posen unter dem 23. April berichtet wird, trifft General Haller im Laufe dieser Woche dort ein, wo sich gegenwärtig

der französische General Henry, Vertreter Fochs und Führer der Militärkommission der Verbündeten in Polen, aufhält. Der Aufenthalt General Henry hänge mit militärischen und politischen Fragen zusammen.

(„Dziennik Poznanft“ v. 23. April.)

General Hallers Forderungen. General Haller nahm am Ostersonntag in Krotoschin während der Durchfahrt die Parade über die dortigen polnischen Truppen ab. Dabei gab er nach dem „Dziennik Poznanft“ folgende Erklärung ab: Was Danzig anlangt, so gibt es nur einen Standpunkt: Danzig gehört Polen und muß polnisch werden. Was Schlesien und West- und Ostpreußen anlangt, so muß man diesen Teilgebieten zu Hilfe kommen. Wenn diese Länder den Status erlangen wie jetzt das Großherzogtum Posen, dann würde diese Frage schon geklärt sein. („Lok.-Anz.“ 185 v. 25. April.)

Neue Drohungen Hallers gegen Deutschland. Der polnische General Haller setzte in einer Unterredung mit Vertretern des Polnischen Korrespondenzbureaus seine Drohungen gegen Deutschland fort. Seit er polnischen Boden betreten habe, erkenne er Pilsudski und die polnische Nationalversammlung als oberste Gewalten an. Marschall Foch unterstehe er nur nominell. Polen werde der ganzen Welt den lauten Schwur entgegenschleudern, daß es Danzig niemals aufgeben werde. In Paris sei man von den deutschen Lügen, Danzig und den Ostseestrand als deutsch hinzustellen, überzeugt. (Drahtmeldung d. „Voss. Ztg.“.)

Polnische Verstärkungen an der posenschen Front. Zuverlässige Nachrichten von der polnischen Front besagen, daß an verschiedenen Abschnitten neue polnische Truppen festgestellt worden sind. Es handelt sich vermutlich um die polnischen Legionäre, die durch Eintreffen der Haller Truppen an der polnischen Ostfront freigeworden sind und nun gegen Deutschland verwendet werden. Die Posener Zeitung „Gonico Wielkopolski“ berichtet bereits, daß General Haller in militärischer Angelegenheit von Warschau

nach Posen zurückkehre. Andere polnische Blätter, wie auch der „Dziennik Poznański“, schreiben, das wichtigste sei, daß die Haller Truppen jetzt an der Verteidigung des Vaterlandes gegen die Feinde teilnehmen können, die es von allen Seiten umgeben.

Die polnische Flotte.

Warschau. Das Mitglied der Koalitions-Kommission in Warschau, der englische Kapitän der Flotte Rawlings besuchte in diesen Tagen die Marinesektion im Kriegsministerium. Nach gemeinschaftlicher Untersuchung der Frage versicherte der Kapitän Rawlings dem Chef der Sektion, daß er der englischen Admiralität über alle materiellen Mängel der polnischen Flotte sofort berichten wird.

(Gazeta Torunska Nr. 80 vom 9. 4. 19.)

England soll das Protektorat über Ostpreußen übernehmen.

In den polnischen Blättern findet sich folgende Nachricht: „Wie man hört, wird England das Protektorat oder den Schutz Ostpreußens, der baltischen Länder und des ethnographischen Litauens übernehmen. Aus Paris wird berichtet, daß die von den Deutschen angegebene Linie der polnisch-deutschen Grenze einige Berichtigungen erfährt, und zwar wird beabsichtigt, den südwestlichen Teil des Neuenburger Kreises sofort an Polen anzugliedern, um Polen die Bahnlinie Danzig—Mława—Warschau zu sichern. In den übrigen Teilen des Neuenburger Kreises, sowie der Allensteiner Regierung soll nach Verlauf eines halben Jahres eine Abstimmung stattfinden. Die französische Zeitung „Victoire“ gibt sodann ihre Meinung gegen das Volksabstimmungsprojekt in Ermeland und Masuren bekannt.“

(Darauf läuft es hinaus, wenn Danzig an Polen fiel und Ostpreußen vom Reich getrennt werden sollte. Noch ist die Danziger Gefahr nicht vorbei.)

Ein von den Polen erschossener Parlamentär.

Eine erschütternde Todesanzeige veröffentlicht der Chefredakteur der „Wiesbadener Zeitung“, Werner Grothus. Sie bringt zugleich Kunde von einem bisher unbekannt gebliebenen Vorgang an der Ostfront. Die Anzeige besagt:

„Aus dem Osten erhalten wir auf Umwegen die erschütternde Nachricht, daß unser geliebter Sohn und guter Bruder, der Abiturient Hellm. Grothus, Wiesfeldweber im Freiwilligen Jägerkorps Gieseler, am Freitag, den 21. März d. J., an der westpreußisch-polnischen Grenze im eben vollendeten 19. Lebensjahre den Heldentod gestorben ist. Unser braver Sohn war in seiner heißen Vaterlandsliebe ein vorbildlicher deutscher Junge. Seit 1917 stand er ununterbrochen in Ost oder West im Felde. Nach Zusammenbruch der Westfront meldete er sich unter weiterem Verzicht auf jeden Heimaturlaub als erster Freiwilliger beim Freiwilligen-Detachement Gieseler zum Schutz der bedrohten Ostgrenzen Preußens. Jetzt traf ihn eine polnische Kugel beim Überschreiten der Grenze als Parlamentär. Er hat sein Blut als erster Gefallener des Freikorps für die Unversehrtheit Preußens dahingegeben. Preußische Männer und Frauen, und besonders du, preußische Jugend, laßt euch von dem Toten nicht beschämen!“

Ostf. Presse 84

Polnische Wahl Niederlage in Allenstein.

In dem nach polnischer Behauptung „unzweifelhaft polnischen“ Regierungsbezirk Allenstein haben am 2. März die Neuwahlen zu den Gemeindevertretungen auf Grund des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts stattgefunden. Obwohl die national-polnische Agitation im Wahlkampf ganz unbehindert in aller Schärfe sich betätigen konnte, bedeutet das Wahlergebnis eine vernichtende Niederlage des Polentums, das nur ganz vereinzelt seine Kandidaten mit geringen Minderheiten durchbringen konnte. Besonders bezeichnend ist das Ergebnis in der Stadt Allenstein, wo von rund 11 000 abgegebenen Stimmen die Polen 567 auf ihre Listen vereinigen konnten und damit von 42 Sitzen einen für sich erhalten haben. Dabei soll nach dem Romerschen Jahrbuch in der Stadt Allenstein das Polentum elf Prozent der Bevölkerung ausmachen. Das Wahlergebnis beweist besser als alles andere, wie wenig die ungebildeten, ihre Vereinigung mit den Polen erstrebenden Bewohner des Regierungsbezirks Allenstein sich als Polen fühlen. Kreuztg. Nr. 16 vom 29. April.